

Das Unentschuldbare

Bisher gesperrte Dokumente belegen, wie schwer sich der Bundesrat mit der Nazi-Zeit tat

MARC TRIBELHORN

Die Schweiz ist ein sonderbares Land. 1989 veranstaltet sie behördlich orchestrierte Erinnerungsanlässe zum 50-Jahr-Jubiläum der Mobilmachung der Armee im Zweiten Weltkrieg. Als europaweit einziger Staat – und dazu als einer, der kriegsverschont war. Das löst im Ausland Erstaunen aus. Und im Inland Empörung, zumindest bei den Linken, die mit einer Initiative gerade die Armee abschaffen wollen und nun mit der Zelebrierung des eidgenössischen Wehrwillens konfrontiert sind. Der Verteidigungsminister Kaspar Villiger beschwichtigt: «Wir feiern weder den Kriegsausbruch (...), noch sind Helden-defilees vorgesehen.» Der Bund wolle der Aktivdienstgeneration danken und glaube, dass «die Jungen einen Anspruch auf eine sachliche und ehrliche Information über jene Zeit haben».

Als sechs Jahre später auf dem ganzen Globus Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs geplant sind, will die Schweiz davon nichts wissen. Im Herbst 1994 entscheidet der Bundesrat, es sei nicht nötig, etwas Besonderes zu organisieren. Villiger «unterstreicht, mit den Feierlichkeiten im Zusammenhang mit der Kriegsmobilmachung habe man auch das Kriegsende gewürdigt», heisst es im Sitzungsprotokoll. Man sieht es als besser an, zu schweigen, schliesslich hat die Schweiz beim Sieg über Hitler keine Rolle gespielt.

Wie sich die Landesregierung doch anders besinnt, zeigen nun amtliche Dokumente, die nach dem Ablauf der Sperrfrist von der Forschungsstelle Dodis (Diplomatische Dokumente der Schweiz) ausgewertet und zugänglich gemacht worden sind. Sie beleuchten auch die Hintergründe einer Rede, die als eine der bedeutendsten der Bundesratsgeschichte gilt, ja als Zäsur in der Weltkriegsdebatte: über die Schweiz und ihre Schuld – gehalten im Mai 1995 von Bundespräsident Kaspar Villiger.

Die Igelmentalität

In der Rückschau wird deutlich, wie der Bundesrat die Stimmung im eigenen Land unterschätzt hat. Dabei ist schon damals eigentlich unübersehbar, dass erinnerungskulturell etwas in Bewegung geraten ist. Bereits 1992 wendet sich die Holocaust-Dokumentationsstätte Yad Vashem an die Schweizer Behörden, um die Namen weggewiesener jüdischer Flüchtlinge zu erhalten, was zu einer umfassenden Aufarbeitung der Dossiers im Bundesarchiv führt. Es erscheinen Bücher, die das traditionelle, weitgehend selbstgefällige Geschichtsbild infrage stellen, etwa über den Polizeikommandanten Paul Grüninger.

Diverse Vorstösse im Parlament sind die Folge. Und letztlich ist der politische Druck so gross, dass der Bundesrat doch

aktiv wird – wenn auch widerwillig. An der Sitzung vom 20. März 1995 bemerkt Kaspar Villiger, die Landesregierung habe «ursprünglich einzig eine Rede des Bundespräsidenten an Radio und Fernsehen vorgesehen». Später habe sie beschlossen, an einer von der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft organisierten Gedenkfeier im Berner Münster teilzunehmen. «Nun verlangen 120 Parlamentarier eine Sondersession. Niemand scheint über diese Initiative besonders glücklich zu sein. (...) und es ist nicht sicher, ob es gelingt, einen würdigen Anlass zu organisieren.» Auch die Bundesräte Delamuraz, Koller und Ogi haben Bedenken wegen der Sondersession. Man einigt sich aber auf ein Erscheinen in corpore im Berner Münster.

Kein Gehör findet die SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss, die einen Nachtragskredit von 30 000 Franken fordert, damit das Bundesarchiv eine Ausstellung zum Kriegsende organisieren kann. Der Parteikollege und Finanzminister Otto Stich ist skeptisch, nicht nur wegen der Kosten: «Warum spricht man vom kritischen Rückblick? Man könnte auch von einem dankbaren Rückblick ausgehen», wendet er ein. «Soll die Igelmentalität infrage gestellt werden? Sie hat uns vor einem Krieg bewahrt.» Stich, 1927 geboren, ist der Einzige im Gremium, der den Weltkrieg als prägendes Jugenderlebnis in Erinnerung hat. Der Verteidigungsminister Villiger hat «grundsätzlich nichts gegen eine kritische Würdigung einzuwenden», aber gegen die Verantwortlichen der Schau: die Historiker Jakob Tanner und Peter Hug. «Es ist zu befürchten, dass die Ausstellung vor allem in eine Beschimpfung der Kriegsgeneration mündet.»

Ablehnend reagiert die Landesregierung auch, als der freisinnige Nationalrat Peter Tschopp in einem Brief an Villiger («Monsieur le Président, cher ami») im April vorschlägt, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz anlässlich der Feier des Kriegsendes 50 Millionen zukommen zu lassen. Der Aussenminister Flavio Cotti ist dafür: «Es gibt Momente, in denen der Bundesrat ein Zeichen setzen muss, auch ein finanzielles Zeichen.»

Stich und Delamuraz geben warnend zu bedenken, dass diese «schöne Geste» als «verspätete Entschuldigung» missverstanden werden könnte. Und überhaupt: «Jede Woche taucht eine neue Idee auf, wie man diesen Jahrestag begehen könnte», beklagt sich Delamuraz in der Sitzung vom 3. Mai. Man einigt sich immerhin darauf, den Siegermächten Dankesbriefe zu versenden sowie an den Feierlichkeiten in Paris und Moskau teilzunehmen (statt wie ursprünglich geplant nur die Botschafter zu schicken).

Es ist zudem der Tag, an dem Bundespräsident Villiger das Kollegium über ein brisantes Geschäft informiert: den Inhalt seiner Rede zur Feier des Kriegsendes.

«Das ist gut für das Land»

«Nach reiflicher Überlegung und vielen Gesprächen» sei er zum Schluss gekommen, «dass der Bundesrat gut daran täte, sich für die in der Vergangenheit gegenüber den verfolgten Juden begangenen Fehler zu entschuldigen», heisst es im Protokoll der Sitzung. Tatsächlich hat sich Villiger gründlich auf die präsidentiale Rede vorbereitet, Fachliteratur gelesen, sich mit Historikern wie dem Berner Professor Walther Hofer ausgetauscht.

Ob Villiger die Bundesratskollegen mit seinem Vorhaben überrascht, ist nicht überliefert. Laut dem Protokoll liest er die Textpassage vor. Der Justizminister Koller habe «als Jurist mit dem Begriff Entschuldigung ein bisschen Mühe», habe sich aber zuvor mit Villiger ausgetauscht: «Da dieses Wort als Begriff der Volkssprache zu interpretieren ist», opponiere er nicht. Aussenminister Cotti fragt: «Werden in der Rede auch die positiven Aspekte der damaligen Politik erwähnt?» Otto Stich ist bereits im Rechtfertigungsmodus: «Die Entschuldigung bedeutet nicht, dass wir künftig alle Flüchtlinge aufnehmen können.» Er nimmt gar Bezug auf die berüchtigte Metapher des damaligen Justizministers Eduard von Steiger: «Auch damals war das Boot teilweise voll.» Die Innenministerin Dreifuss bestärkt Villiger: «Cela est bien pour le pays» – das ist gut für das Land.

Vier Tage später, am 7. Mai, hält Bundespräsident Villiger seine Rede, vor vollen Rängen im Nationalratssaal, umrahmt von Bach-Konzerten, die der Sondersession eine feierliche Note verleihen. «Dankbarkeit, Bescheidenheit, Respekt, Zurückhaltung, Nachdenklichkeit: Diese Werte sollen die heutige Gedenkfeier prägen. Es geht weder um falsche Glorifizierung noch um Selbstanklage, weder um Heldenkult noch Schuldzuweisungen», sagt Villiger eingangs.

Es ist eine stimmig komponierte Darstellung von Widerstand und Anpassung der Schweiz während der Nazi-Zeit. «Natürlich machte die Schweiz Konzessionen. Wie anders hätte sie überleben sollen?» Aber es habe auch einen Bereich gegeben, der sich der Rechtfertigung durch «irgendwelche äusseren Umstände» entziehe: «Es geht um jene vielen Juden, denen durch die Zurückweisung an der Schweizer Grenze der sichere Tod wartete.» Dann folgen die Sätze, die auch international ein Echo finden: «Es steht für mich ausser Zwei-

fel, dass wir mit unserer Politik gegenüber den verfolgten Juden Schuld auf uns geladen haben. (...) Der Bundesrat bedauert das zutiefst, und er entschuldigt sich dafür, im Wissen darum, dass solches Versagen letztlich unentschuldbar ist.»

Zum ersten Mal hat sich die Schweiz offiziell entschuldigt für das an jüdischen Verfolgten begangene Unrecht – zumindest erstmals auf der grossen Bühne. Bereits im Vorjahr hiess es in der schriftlichen Antwort auf einen Vorstoss zum Polizeikommandanten Grüninger: Der Bundesrat «kann nur sein tiefes Bedauern darüber ausdrücken, dass durch die damalige Politik unseres Landes Menschen den Tod gefunden haben».

Kaspar Villiger erhält für seine Rede viel Zuspruch. Couragiert sei sie, ja «staatsmännisch» und befreiend, wird in den Medien gelobt. Der Bundesrat habe «aus dem geistigen Reduit» gefunden, erklärt der Geschichtsprofessor Jakob Tanner im Fernsehen. Kritik kommt von rechtskonservativer Seite. Georges-André Chevallaz, freisinniger Altbundesrat und Historiker, bedauert die Entschuldigung: in Frankreich entschuldige man sich auch nicht für die napoleonischen Feldzüge. Und Sigmund Widmer, ehemaliger Stadtpräsident Zürichs und Nationalrat, ätzt: «Vor lauter Freude am Schuldbekenntnis hat sich kaum jemand erkundigt, wieso es eigentlich jüdische Flüchtlinge an unserer Grenze hatte.»

Rede ist kein Schlusstrich

Für die Linken ist Villiger zu wenig weit gegangen. Die Rede sei nur die Ratifikation eines in der Geschichtsforschung etablierten Urteils. Der SP-Präsident Peter Bodenmann bezeichnet die Entschuldigung als «zaghaften Schritt», passend zum «überevorsichtigen Erbsenzähler» Villiger. Verglichen mit der Mobilmachungsfeier von 1989 sei es aber «ein beachtlicher». Ihn stört, dass «die Gelder ermordeter Nazi-Opfer auf den Konten der Schweizer Banken» dem Bundespräsidenten «keinen Nebensatz wert» gewesen seien.

Tatsächlich ist die historische Rede kein Schlusstrich. Im Gegenteil. Bald sieht sich die Schweiz wegen der nachrichtenlosen Vermögen mit Klagen aus den USA eingedeckt. Während Jahren wird hierzulande noch einmal über die Schatten des Zweiten Weltkriegs gestritten. Als die vom Bund auf Druck des Auslands eingesetzte unabhängige Expertenkommission im März 2002 ihren Schlussbericht abliefern, lobt der amtierende Bundespräsident ihre Arbeit «als eine beeindruckende organisatorische und intellektuelle Leistung». Er heisst: Kaspar Villiger.